



Herausforderung des Jahrhunderts: Flüchtlinge

Seit Monaten findet sich die Flüchtlingsproblematik in den Schlagzeilen aller Medien. Zunächst waren es die Nachrichten über Menschen, die über das Mittelmeer kamen und an den Küsten Italiens und Griechenlands landeten oder Hunderte, die im Meer ertranken. Bei all dieser Problematik haben die Staaten Europas, die sich in der EU befinden, kläglich versagt. Kleinliche Streitereien wurden ausgetragen, die bis heute noch nicht beendet sind.

Kann man diese Menschen, die in Europa Schutz suchen, in „gute“ und „schlechte“ Flüchtlinge unterscheiden? Nach der Statistik kommen zum Beispiel 40 % der Flüchtlinge aus den Westbalkanländern. Sie haben nur geringste Chancen auf ein Bleiberecht. Es wird zwar von den Politikern aller Couleur gesagt, dass man diese Länder als sogenannte sichere Herkunftsländer einstufen will, aber getan hat sich seit Monaten nichts. Es ist eine Tatsache, dass es sich bei diesen Personen um sogenannte „Wirtschaftsflüchtlinge“ handelt. Ein großer Anteil von Asylsuchenden kommt aus den Krisenländern des „Nahen Ostens“: Syrien, Irak und Afghanistan. Dass diese Menschen in ihren Ländern Gefahren und Pressionen ausgesetzt sind, ist unstrittig. Selbst Experten können heute nicht mehr aus dem Stand sagen, welche Gruppen in Syrien gegeneinander kämpfen. Aus welchen Gründen auch immer die Scharmützel stattfinden, im Hintergrund handelt es sich immer um Machtansprüche und Religionsstreitigkeiten. Die verschiedenen Glaubensrichtungen sind zum Teil so verfeindet, dass wir das gar nicht erkennen können.

Z. Z. herrscht in Europa die größte Flüchtlingskatastrophe seit dem 2. Weltkrieg. Nach Auffassung des Journalisten Jakob Augstein trägt kein Land mehr Verantwortung für dieses Desaster als die Vereinigten Staaten von Amerika. Die USA sind im Nahen Osten keine Macht der Ordnung mehr, sondern eine Macht der Zerstörung. Sie haben Afghanistan und den Irak im Chaos zurückgelassen. Die amerikanische Regierung wusste, wie ein in Amerika veröffentlichtes Dokument beweist, dass im Osten Syriens der Islamische Staat entstand. Das war genau das, was Amerika wollte, um das syrische Regime mit dem

Machthaber Assad, einen Freund der Russen und Iraner, weiter zu isolieren. Bei der Aufnahme von Flüchtlingen hält sich Amerika dezent zurück.

Von den vier Millionen Syrern, die seit 2011 ihre Heimat verlassen haben und z. Z. mit Hunderttausenden in Europa unterwegs sind, haben z. B. der kleine Staat Libanon 1.2 Millionen, die Türkei 2 Millionen aufgenommen, während die Hegemonialmacht Amerika es gerade mal geschafft hat, 1500 Syrer aufzunehmen. Nach Auffassung des US Außenministeriums gibt es in Europa sicherlich genügend Kapazitäten, um mit diesem Problem fertig zu werden (Spiegel 38/15). Die Amerikaner zündeln in aller Welt und verfahren dann nach dem „St. Florians-Prinzip“.

Von der großen Weltpolitik nun zurück zu der Situation in Deutschland. Nachdem Frau Merkel die unkontrollierte Zuwanderung von Flüchtlingen aus Ungarn zugelassen hat, zeigte sich die ganze Hilflosigkeit der deutschen Bürokratie. Das Bundesamt für Migration, zuständig für die Asylverfahren, hatte schon in der „flüchtlingsarmen Zeit“ einen Stau von 250 000 Asylverfahren angehäuft. Wie die zu erwartenden 800 000 Flüchtlinge des Jahres 2015 behandelt werden sollten, steht noch in den Sternen. Nach Aussage der Ministerpräsidentin Dreyer, bekommt ein Asylbewerber, der im September Asyl beantragt, einen Anhörungstermin im Mai 2016. Bis dahin muss er untergebracht, versorgt und gepflegt werden.

Hier muss das Versagen der deutschen Innenpolitik einmal ganz deutlich dargestellt werden. Bundesinnenminister Thomas de Maiziere, der schon als Bundesminister der Verteidigung nicht wusste, mit welchem Schrott er seine Soldaten in den Afghanistan-Krieg geschickt hatte, war auch hier von der Situation völlig überrascht. Das Bauernopfer war der Leiter des Bundesamtes für Migration, der seinen Hut nahm. Seine Anstrengungen, mehr Beamte für seine Behörde zu bekommen, waren ungehört geblieben. Gleiches gilt für die Beamten der Bundespolizei, die völlig überlastet sind. Für die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit ist es auch erforderlich, dass auch die Länder-Polizeien personell aufgestockt werden. Es reicht nicht aus, 20 000 Lehrer einzustellen, um den Flüchtlingen die notwendige Bildung zu vermitteln. Auch die Polizeieinsätze, die in den sogenannten Ersteinrichtungen nötig sind, erfordern wesentlich mehr Personal. So wurden in der Einrichtung in Trier über mehrere Wochen zwei bis dreimal pro Nacht die Notrufanlagen betätigt, was jedes Mal einen Polizei- und Feuerwehreinsatz verursachte.

Über die Abschiebeverfahren, die in die Zuständigkeit der Kommunen fallen und in der Vergangenheit sehr lasch durchgeführt wurden, wird mehr gestritten als gehandelt. Auch hier fehlen einheitliche und praktikable Lösungen, z. B. Übernahme dieser Aufgabe durch die Länder.

Ein weiteres Problem dürfte auch die Integration der Flüchtlinge sein, die aus einem anderen Kulturraum kommen und zum großen Teil einer anderen Religion angehören. In einer

Fernsehsendung des SWR erklärte der Oberbürgermeister einer rheinland-pfälzischen Stadt, dass er im Rathaus zwei Flüchtlingsfamilien empfangen habe. Von dem Dolmetscher wurde er darauf hingewiesen, dass er die teilnehmenden Frauen nicht ansprechen und ihnen nicht die Hand geben dürfe. Das sei nach der Sitte des Landes und nach der Religion nicht zulässig. So kann, nach meiner Meinung, Integration nicht funktionieren.

In meinem Beitrag habe ich verschiedene Aspekte der Flüchtlingsproblematik angesprochen. Nicht bestreiten möchte ich, dass die Zuwanderung von vielen jungen Leuten auch positive Ergebnisse bringen kann, so z. B. auf dem Arbeitsmarkt und auf dem Hinausschieben der Nachteile unserer demografischen Entwicklung.

Hugo Wust